

## Unternehmerinnen-Umfrage zur Regierungsbildung

Berlin, 1. November 2021

### Eine Ampel-Regierung muss sich bei Unternehmerinnen erst noch beweisen

Der VdU fordert von der zukünftigen Bundesregierung, kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) nicht mit überbordender und unnötiger Bürokratie zu belasten und im Sinne des „One in, one out“-Prinzips weiter zu fördern.

Planungssicherheit ist für Unternehmerinnen ein zentrales Anliegen, weshalb es nicht verwundert, dass ein Drittel der Unternehmerinnen des VdU (32 %) laut einer aktuellen Umfrage des Verbandes eine mögliche **Ampel-Koalition** aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP – ein Regierungsbündnis, das es auf Bundesebene noch nie gegeben hat – abwartend beurteilen. Eine relative Mehrheit der Unternehmerinnen steht dem neuen Bündnis durchaus positiv gegenüber, 39 % bewerten eine Ampel-Koalition als gut oder sehr gut für ihre Belange als Unternehmerin. 29 % stuft ein solches Bündnis als schlecht oder sehr schlecht ein.

76 % der befragten Unternehmerinnen nennen **Bürokratieabbau** und 57 % die Notwendigkeit der Modernisierung des Bildungssystems als die drängendsten Aufgaben für die nächste Legislaturperiode. Die wichtigsten Themen für bessere Rahmenbedingungen für KMU und Soloselbstständige sind zudem die Vermeidung zusätzlicher Substanzsteuern (50 %), die Digitalisierung der Verwaltung (49 %), eine Unternehmenssteuerreform zur Entlastung der Unternehmen (46 %), der Ausbau von Breitband und die Mobilfunk-Netzabdeckung (43 %), die Energiewende (37 %) sowie der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas im globalen Handel (jeweils 31 %).

Was KMU sicher nicht brauchen, ist eine Fortführung ideologischer Grabenkämpfe über konkrete Maßnahmen zur Reform der **Unternehmenssteuern** in der nächsten Bundesregierung. Entlastungen und pragmatische Verbesserungen im Steuerrecht, die den Betrieben Raum für Investitionen und Innovationen lassen, gehören ins Pflichtenheft einer zukunftsorientierten Ampel-Koalition.

Die Unternehmerinnen fordern nicht nur bessere Rahmenbedingungen für KMU und Soloselbstständige, sondern auch wirksame Maßnahmen und substanzielle Fortschritte für die **gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in der Wirtschaft**. Zu den Top 10 der wichtigsten Themen zählen für die Unternehmerinnen daher auch die Beseitigung von Fehlanreizen für Frauen im Steuer- und Abgabensystem, insbesondere die Abschaffung der Steuerklasse V und die Einführung der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten (33 %) sowie strengere Quoten für die Mindestbesetzung von Aufsichtsräten, Vorständen und den ersten beiden Managementebenen mit Frauen und Männern (31 %). Die im Sondierungspapier genannten Ziele zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben und für mehr Frauen in Führungspositionen begrüßen die Unternehmerinnen und erwarten nun auch konkrete Maßnahmen.

In Anbetracht der zunehmenden Bedeutung von **Digitalisierung und Dekarbonisierung** als zentrale Transformationsthemen unserer Zeit, befürworten die Unternehmerinnen sowohl ein Digitalministerium (63 %) als auch ein Klima- und Energieministerium (64 %). Dabei würden sie ein Digitalministerium mehrheitlich unter Leitung der FDP und ein Klima- und Energieministerium unter Leitung von Bündnis 90/Die Grünen befürworten.

„Die Parteien müssen in den Koalitionsverhandlungen jetzt die richtigen Weichen stellen, damit frauengeführte Unternehmen die notwendigen Investitionen und Veränderungen umsetzen können, um die umfangreichen Transformationsprozesse des kommenden Jahrzehnts zu meistern. Wir brauchen ein Land, das Unternehmertum fördert, seiner Vorreiterrolle wieder gerecht wird und in der gleichberechtigte Teilhabe gelebte Realität ist“, so VdU-Präsidentin Jasmin Arababian-Vogel.

Der VdU hat die Forderungen der Unternehmerinnen an eine neue Bundesregierung in drei Positionspapieren zusammengefasst:

- [Mit Unternehmenssteuerreformen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit nach der Krise](#)
- [Ein moderner Rechtsrahmen für die Arbeitswelt der Zukunft](#)
- [Verbesserte strukturelle Rahmenbedingungen für Unternehmerinnen](#)

### Über die VdU-Umfrage

Regelmäßig befragt der VdU rund 1.800 Unternehmerinnen online zu aktuellen Themen. Im Befragungszeitraum vom 19. bis zum 25. Oktober 2021 haben 160 Unternehmerinnen geantwortet.

Die Unternehmerinnen, die sich an der Umfrage beteiligten, sind in folgende Branchen tätig: Beratung (24 %), sonstige Dienstleistungen (23 %), Industrie (13 %), Handel (8 %), Baugewerbe, Kultur- und Kreativwirtschaft sowie IT (jeweils 6 %), Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (5 %), Gesundheitswirtschaft (4 %), Verkehr und Lagerei sowie Gastgewerbe (jeweils 2 %).

Die Unternehmensgrößen verteilen sich wie folgt: Soloselbstständige (9 %), 1 - 5 Beschäftigte (34 %), 6 - 20 Beschäftigte (26 %), 21 - 100 Beschäftigte (24 %), 101-250 Beschäftigte (5 %), mehr als 250 Beschäftigte (3 %).

### Über den VdU

Im Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU) sind rund 1.800 Unternehmerinnen organisiert. Die Unternehmerinnen erwirtschaften zusammen einen Jahresumsatz von 85 Milliarden EUR und beschäftigen über 500.000 Mitarbeiterin\*innen in Deutschland. Seit über 65 Jahren setzt der VdU sich erfolgreich dafür ein, dass die Stimme der Unternehmerinnen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft angemessen Gehör findet.

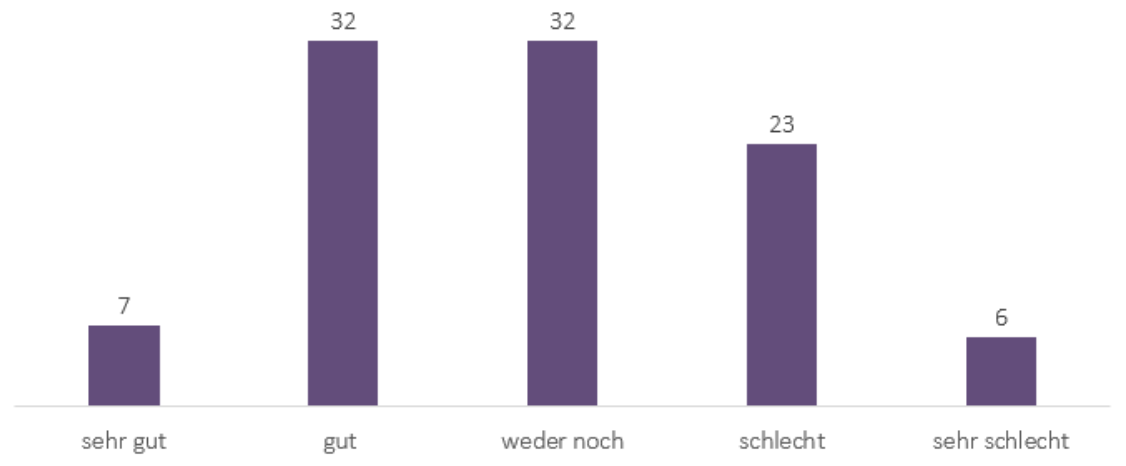
### Kontakt

Anke Janetzki, Verband deutscher Unternehmerinnen e.V. (VdU),  
Tel.: 030 200 59 19 12; E-Mail: [anke.janetzki@vdu.de](mailto:anke.janetzki@vdu.de), [www.vdu.de](http://www.vdu.de)

## Unternehmerinnen bewerten mögliche Ampel-Koalition abwartend

Wie beurteilen Sie eine mögliche Ampel-Koalition aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP für die  
Belange der Unternehmerinnen?

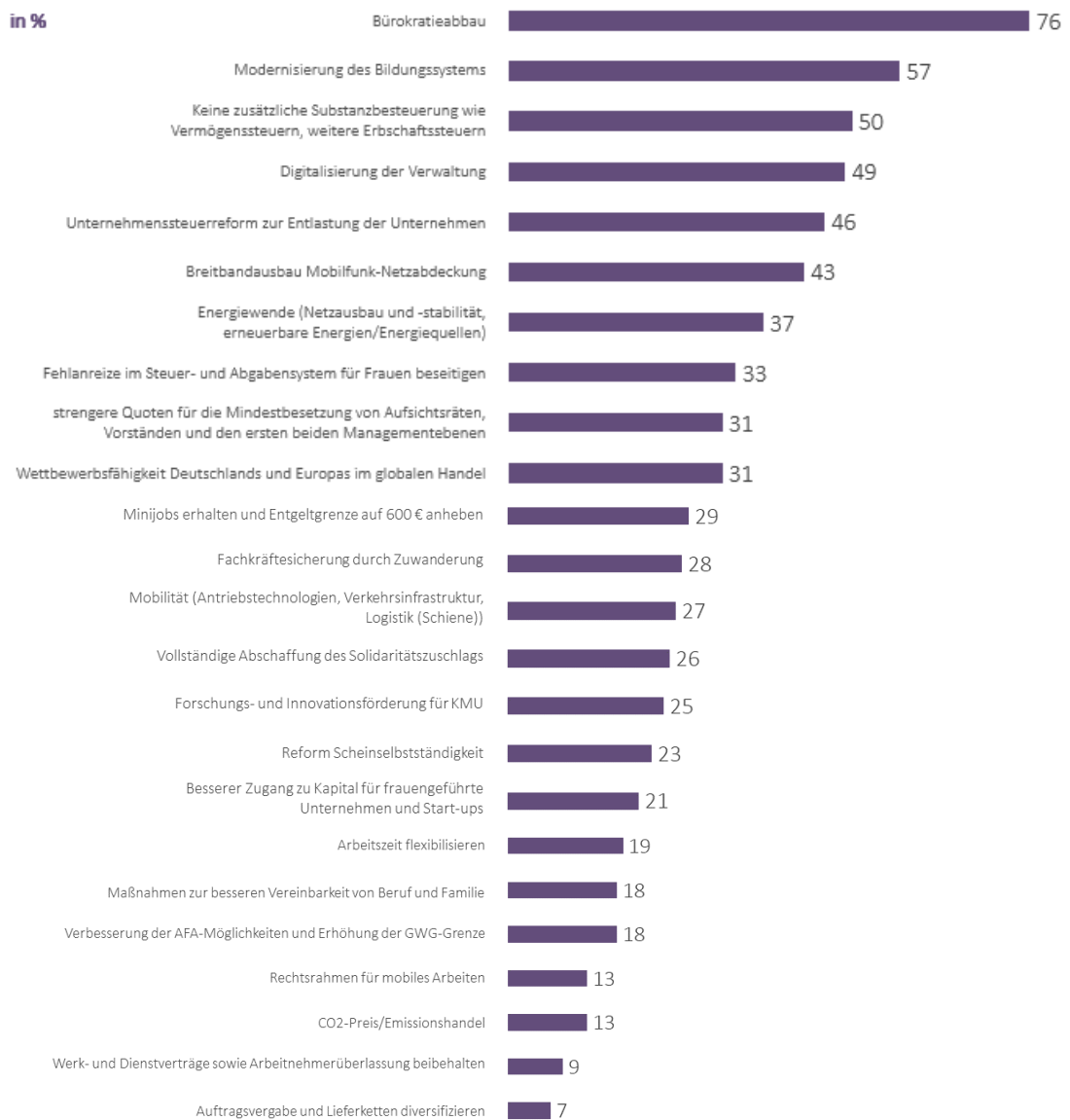
in %



n = 160

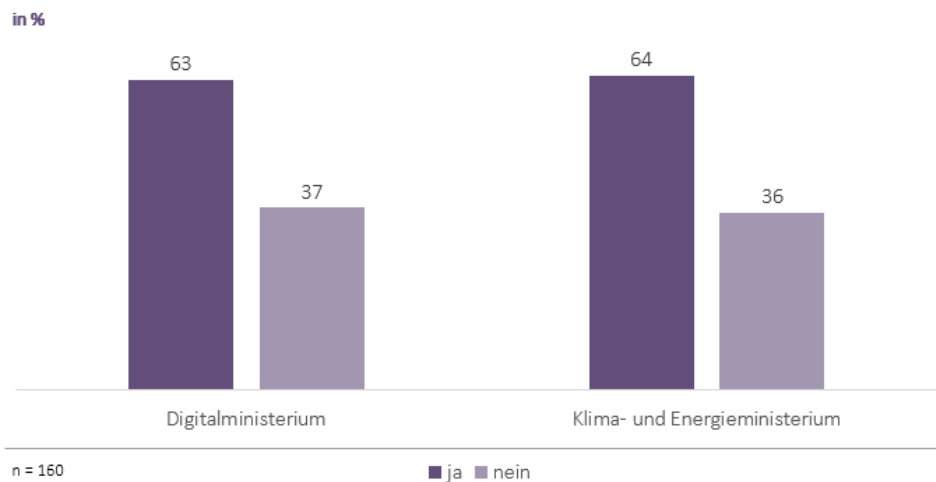
## Bürokratieabbau drängendstes Thema der nächsten Legislaturperiode

Was sind für Sie als Unternehmerin die drängendsten Themen für die nächste Legislaturperiode?  
Bitte wählen Sie maximal acht Themen an.



## Eigene Ministerien für Digitalisierung sowie Klima und Energie

Digitalisierung und Dekarbonisierung werden zentrale Themen der nächsten Legislatur sein. Diskutiert wird, ob es dafür eigenständige Ministerien mit ressortübergreifenden Funktionen geben sollte. Wie beurteilen Sie dies?



Unternehmerinnen erwarten, dass SPD die Ressorts Arbeit und Gleichstellung, Grüne Energie und Verkehr und FDP Wirtschaft, Finanzen und Digitales übernehmen

Welche Partei sollte die Leitung der folgenden möglichen Bundesministerien in einer Ampelkoalition übernehmen?

